



Die Justiz gibt dem Staat drei Monate Zeit, seine Klimabemühungen unter Beweis zu stellen

Der Staatsrat gab dem Staat am Donnerstag drei Monate Zeit, um nachzuweisen, dass er die notwendigen Schritte unternimmt, um seinen Verpflichtungen zur Reduzierung der Treibhausgase nachzukommen. Die Gemeinde Grande-Synthe (Nord) hatte die Angelegenheit vor Gericht gebracht.

Der Staatsrat, das höchste Verwaltungsgericht, sagte am Donnerstag in einer Erklärung, dass der französische Staat drei Monate Zeit habe, um nachzuweisen, dass er Schritte unternimmt, um seine Verpflichtungen zur Reduzierung der Treibhausgase zu erfüllen. Dies ist das erste Mal, dass der Conseil d'État in einem Streitfall im Zusammenhang mit dem Klimawandel entschieden hat.

Im Jahr 2019 brachte der ehemalige Bürgermeister von Grande-Synthe (Nord), Damien Carême, jetzt EELV-Europaabgeordneter, die Angelegenheit vor Gericht und prangerte die „Untätigkeit des Staates in Bezug auf den Klimawandel“ an. Diese Küstenstadt ist durch den Anstieg der Ozeane bedroht. Die Aktion wurde dann von anderen Gemeinden und NGOs, wie z.B. der Gruppe „L'affaire du siècle“, unterstützt.

40% Reduzierung bis 2030

Frankreich hat sich verpflichtet, seine Treibhausgasemissionen bis 2030 um 40% gegenüber dem Niveau von 1990 zu reduzieren, ein Ziel, das im Pariser Abkommen festgelegt wurde. Die Verwaltungsrichter forderten die Regierung jetzt auf, die Anstrengungen zur Reduktion der Treibhausgase nachzuweisen. Die Küstengemeinde Grande-Synthe hatte vorgetragen, dass sie Gefahr läuft, vom steigenden Meeresspiegel bedroht zu werden, wenn der Staat seine Verpflichtungen nicht einhalte. Der Conseil d'État stellte fest, dass „Frankreich (...) in den letzten Jahren (...) die von ihm selbst gesetzten Emissionshöchstgrenzen regelmäßig überschritten hat“.

Wenn die von der Regierung vorgelegten Begründungen nicht ausreichen, kann der Conseil d'État den Staat dazu verpflichten, zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, um den geplanten Kurs zur Erreichung des Ziels von -40% CO₂ bis 2030 einzuhalten.

Heureux de cette décision du @Conseil_Etat pour le climat et pour notre avenir commun. C'est une première historique et il est temps de passer aux actes.
@corinnelepage <https://t.co/mQx7omcbgm>

— Damien CAREME ? (@DamienCAREME) November 19, 2020